

„Kein Beitritt der Türkei zur Europäischen Union“
Beschluss des 58. Schleswig-Holstein-Tages der JUNGEN UNION
am 9. April 2005 in Heide

Die öffentliche Debatte über einen möglichen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union hat Deutschland schon in den letzten zwanzig Jahren immer wieder beschäftigt. Bis 1998 unterstützte die Bundesrepublik parteiübergreifend eine Haltung, die der Türkei zwar eine privilegierte Partnerschaft mit der EU nicht aber eine Vollmitgliedschaft in der EU einräumte. Seit Ende des Jahres 2003 vollzieht die Bundesregierung allerdings eine verheerende Kehrtwende, wonach sie seitdem einen Beitritt der Türkei offen unterstützt. Bundeskanzler Gerhard Schröder sprach sich anlässlich seines Türkei- Besuches Ende Februar 2004 nochmals für zügige Beitrittsverhandlungen und damit für einen zügigen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union aus.

Eine Woche zuvor hatte die Vorsitzende der CDU Deutschlands Frau Dr. Angela Merkel, die Türkei besucht und die Haltung der CDU Deutschlands zu einem Beitritt der Türkei erläutert. Die CDU spricht sich gegen konkrete Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aus und lehnt einen Beitritt der Türkei zur EU zum jetzigen Zeitpunkt u. a. wegen anhaltender Menschenrechtsverletzungen ab.

Die Junge Union Schleswig- Holstein unterstützt die mutige Politik von Frau Merkel und sieht langfristig keine Perspektive für einen EU- Beitritt der Türkei.

Nach Ansicht der Jungen Union Schleswig- Holstein gibt es hinsichtlich eines Beitritts im wesentlichen fünf Problemfelder grundsätzlicher Art:

1. Geographie:

Das Staatsgebiet der Türkei befindet sich zu 97% außerhalb Europas. Die Türkei ist daher ein asiatisches Land. Aus einer Aufnahme der Türkei in die EU ließen sich zudem Mitgliedschaftsansprüche anderer Staaten, wie z.B. Russland, Georgien, Israel sowie der MAGREB- Staaten ableiten.

2. Kultur:

Die Geschichte der Türkei ist in wesentlichen Punkten anders verlaufen als die Europäischen Staaten. So ist durch das Fehlen des Zeitalters der Aufklärung ein völlig anderes Staatsverständnis entstanden. Hierbei ist insbesondere auf unseren ehemaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt zu

verweisen, der einen EU- Beitritt der Türkei mit dem Argument ablehnt, dass die russische Kultur europäischer sei als die türkische.

3. Geostrategie:

Die Mitgliedschaft der Türkei in der EU wäre aus mehreren Gründen kontraproduktiv für die geostrategische Situation Europas. Eine Mitgliedschaft würde europäische Projekte, wie zum Beispiel eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU unmöglich machen. Die EU würde zukünftig an den Mittleren Osten angrenzen und würde daher automatisch auf eine noch nie da gewesene, drastische Art mit den Problemen dieser weltpolitisch sehr instabilen Region konfrontiert werden. Eine über 2000km- lange Außengrenze mit Staaten wie Syrien, Irak, Iran, Armenien, Aserbaidschan und Georgien bedeutet einen direkten Import von Problemen in die EU, die diese nicht verkraften kann. Zu nennen wäre beispielsweise hier die Problematik der Kurden in der Türkei und der mögliche Kurdenstaat im Nord-Irak. Eine Mitgliedschaft der Türkei würde auch das Verhältnis der EU zu Russland stark belasten.

4. Wirtschaft:

Es ist ein offenes Geheimnis das die Türkei selbst im Vergleich mit Beitrittskandidaten wie Rumänien und Bulgarien im Produktivitätsvergleich stark rückständig ist. Im Vergleich erwirtschaftet ein Türke nur 1/3 des Pro-Kopf BIPs eines Portugiesen, jenem Land, das in der EU momentan das Schlusslicht bildet.

5. Demographie:

Mit der Türkei wäre schon im Jahr 2010 das mit Abstand ärmste und wirtschaftlich schwächste Land der Europäischen Union der zugleich bevölkerungsstärkste Staat der EU. Eine koordinierte und effektive Wirtschaftspolitik der EU- Staaten wäre unter diesen Voraussetzungen undenkbar. Die Junge Union Schleswig-Holstein verurteilt aufgrund dieser Tatsachen die Politik Gerhard Schröders aufs Schärfste. Kanzler Schröder setzt wissentlich die Glaubwürdigkeit Deutschlands aufs Spiel, da konkrete Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufgrund der Menschenrechtslage im Land auf längere Sicht nicht möglich sind. Schröder macht mit seiner verantwortungslosen Haltung dem türkischen Volk unberechtigte Hoffnungen auf einen baldigen EU- Beitritt. Auf der anderen Seite unterläuft Schröder die Bemühungen von Menschenrechtsorganisationen um eine Verbesserung der Lage der Menschenrechte in der Türkei, da er mit seiner Unterstützung für einen EU- Beitritt der Türkei der türkischen Regierung das Gefühl vermittelt, schon genug zur Verbesserung der Menschenrechtssituation in der Türkei getan zu haben. Offenbar geht es Herrn Schröder ausschließlich darum, die Stimmen der türkischen Minderheit in Deutschland kurzfristig für die Europawahl zu gewinnen, auf Kosten einer seriösen, verlässlichen und ehrlichen deutschen

Außenpolitik, die seit den fünfziger Jahren einen wesentlichen Beitrag zu dem wieder gewachsenen Ansehen Deutschlands in der Welt beigetragen hat.

Das Handeln des Bundeskanzlers hat unter Umständen katastrophale Auswirkungen auf die politische Stabilität Europas. Zum jetzigen Zeitpunkt kann die EU keine neuen Mitglieder mehr verkraften und würde in ihrer Integrationsfähigkeit, die ohnehin schon durch den Beitritt von zehn Staaten aufs Ärgste belastet ist, völlig überfordert werden.

Folgende Punkte sollten im Interesse Deutschlands in der zukünftigen deutsch-türkischen Zusammenarbeit gelten:

1. Ein ernstgemeintes Angebot an die Türkei zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit der Europäischen Union im Rahmen einer privilegierten Partnerschaft, welche u. a. engere Wirtschaftsbeziehungen mit einschließt.
2. Stärkung der Menschenrechtssituation in der Türkei durch einen engen Dialog mit der türkischen Regierung.
3. Unterstützung der Türkei in ihren Reformbemühungen und eine verstärkte Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus.
4. Etablierung eines neuen Austauschprogramms der Europäischen Union unter dem Dach des „ERASMUS“- Programms zwischen Schulen und Hochschulen der Europäischen Union auf der einen und türkischen Schulen und Hochschulen auf der anderen Seite.

Die Europäische Union sichert die Zukunft Europas und kann eine entscheidende Rolle auf dem Weg hin zu einer friedlichen, multipolaren Welt spielen, in der mehr Menschen als bisher die Chance auf Bildung, Wohlstand und ein Leben in Freiheit haben. Außenpolitik darf auf keinen Fall auf Kosten der Interessen der jungen Menschen in Deutschland und den anderen Ländern der Europäischen Union betrieben werden.